



An den
Bürgermeister der Stadt Rheinbach
Herrn Stefan Raetz
Schweigelstrasse 23
53359 Rheinbach

Joachim Schollmeyer
Meisenweg 16
53359 Rheinbach
Mitglied des Rates der Stadt Rheinbach

den 17. Juni 2019

Anfrage zum Verbot von Kunststoffgranulat durch die EU

Sehr geehrter Herr Raetz,

In Rheinbach wurde in den vergangenen Jahren auf mehreren Fußballplätzen Kunststoffrasen verlegt. Das dort möglicherweise verwendete Kunststoffgranulat als Füllung zwischen den Plastikhalmen gelangt offenbar auch tonnenweise als Mikroplastik in die Umwelt. In Skandinavien wurde vor ein paar Jahren schon die Eintragung von Mikroplastik ins Meer untersucht und dabei auch Kunstrasenplätze als Quelle genannt. In einer Studie des Fraunhofer-Instituts für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik aus dem Jahr 2018 sind Verwehungen von Sport- und Spielplätzen als fünftgrößte Quelle für Mikroplastik in der Umwelt genannt – es geht um mehrere Tonnen pro Jahr. Auch bei der EU ist das Thema angekommen. Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) wurde von der Europäischen Kommission beauftragt, Maßnahmen zu entwickeln – die Empfehlung lautet, den Einsatz von Mikroplastik zu verbieten. Die ECHA hofft dadurch die Menge des in der EU in die Umwelt gelangenden Mikroplastiks um 400.000 Tonnen in 20 Jahren verringern zu können. Im Gespräch ist, dass das Verbot ab 2022 gültig werden könnte. Dann müssten wohl auch die betreffenden Plätze umgerüstet werden. In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welchen Kenntnisstand hat die Verwaltung bzgl. dieser Problematik?
2. Welche Plätze in Rheinbach wären ggf. von einem Verbot durch die EU betroffen?
3. Welche Maßnahmen plant die Verwaltung für den Fall, dass dieses Verbot umgesetzt werden muss?
4. Welche Kosten entstehen der Stadt durch eine damit verbundene Erneuerung der Rasenflächen und wie sollen diese Kosten finanziert werden?

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Schollmeyer (Fraktionssprecher)